KANDIDATUR FÜR DEN SPD PARTEIVORSITZ

NINA SCHEER & KARL LAUTERBACH

SOZIAL.
ÖKOLOGISCH.
KLAR.

DAFÜR TRETEN WIR AN

Mit dem Anliegen, die Welt zum Besseren zu wenden, sucht man immer nach Möglichkeiten, wie man seine politischen Ziele umsetzen kann. Wir beide, Nina Scheer und Karl Lauterbach, wollen als Team Parteivorsitzende der SPD werden. Mit unserer Bewerbung um die Kandidatur für den Parteivorsitz bieten wir den Austausch an über den zukünftigen Weg der SPD. Über eine Politik, die Ungleichheit vermindert, die natürlichen Lebensgrundlagen schützt und unverwässert sozialdemokratisch ist: sozial - ökologisch - klar.

Der Parteivorsitz der SPD ist ein Amt, das viele Bewerberinnen und Bewerber verdient. Dieses Amt ist es wert wie kaum ein anderes, sich darum zu bewerben.

Nina Scheer ist SPD-Kreisvorsitzende, seit 2013 im Bundestag und Mitglied der SPD-Grundwertekommission beim Parteivorstand. Sie hat den sozialdemokratischen Energiewende-Appell initiiert, www.energiewende-appell.de. Karl Lauterbach ist seit 2005 im Bundestag, hat seinen Wahlkreis auch gegen den Bundestrend immer direkt gewonnen und ist stellvertretender Vorsitzender der SPD Bundestagsfraktion. 2004 hat er für die SPD das Konzept der Bürgerversicherung entwickelt.

Die SPD ist in ihrem Selbstverständnis eine Wertegemeinschaft und damit eng verbunden auch die Partei der Vernunft, des Fortschritts und der Wissenschaft. Diesem Anspruch konnte sie im Bündnis

mit CDU/CSU in den letzten Jahren nicht immer gerecht werden. In der Gesellschaft herrscht Angst vor Veränderung und Mutlosigkeit. Daher sind wir beide überzeugt, dass Deutschland dringend eine sozialdemokratisch-ökologisch geprägte Politik benötigt, die auch nur in entsprechenden Regierungsbündnissen umzusetzen ist. Für solche Bündnisse stehen wir beide öffentlich schon seit Jahren. Ein fortgesetztes Bündnis mit den Unionsparteien erschwert für die Bürgerinnen und Bürger zunehmend die politische Orientierung und schadet somit auch der Parteiendemokratie. **Unsere Politik muss wieder schlicht nichts anderes als sozialdemokratisch sein und darf nicht immerfort für einen hohen Preis dem Pragmatismus bis zur Selbstverleugnung ausgeliefert werden.** Bei allem, was wir wollen, müssen wir uns immer und immer wieder fragen: Ist das sozialdemokratisch?

In der Vergangenheit haben die Menschen SPD gewählt

und zu oft den Kompromiss bekommen.

Der Eintritt in die Große Koalition wurde von uns sehr unterschiedlich bewertet. Nina Scheer war klar dagegen. Karl Lauterbach war dafür. Heute sind wir uns einig: die Große Koalition verschleppt die Grundsatzentscheidung über zukunftsgewandte, nachhaltige Politik in Deutschland und für Europa. Selbst wenn die SPD in der Großen Koalition auch Vieles erreicht hat, wiegen Vertrauensverlust und Hemmnisse schwer. Die daraus erwachsende Angst und Orientierungslosigkeit in der Bevölkerung lässt rechte Kräfte entstehen, die letztlich auch unseren Rechtsstaat bedrohen. Wir gehen beide davon aus, dass die Große Koalition nicht in der Lage ist, den anstehenden Herausforderungen zukünftig gerecht zu werden. Wir halten es dennoch für richtig, die Mitglieder zu befragen, ob die SPD weiter in der Großen Koalition bleiben oder sie verlassen soll. Uns eint schon lange eine Analyse, wie es zu politischen Fehlentwicklungen kam. CDU/CSU lehnen zu viele notwendige Bedingungen für einen sozialen und ökologischen Neuanfang in Deutschland ab, um weiter zusammenarbeiten zu können.

Es gibt immer noch eine in Teilen sogar zunehmende Zwei-Klassen-Medizin, Kinder- und Altersarmut, Rentenunsicherheit, zu große Vermögens- und Einkommensunterschiede, Steuerungerechtigkeiten und eine in den letzten Jahren steigende Mietenbelastung mit Verdrängung der Bürgerinnen und Bürger aus ihrer Heimat. Auch die ungerechte Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft der Kinder

konnte nicht beseitigt werden. In der Landwirtschafts-, Ernährungs- und Umweltpolitik schützen wir weder Mensch noch Natur ausreichend. Die Abhängigkeit von fossilen endlichen Ressourcen, sowohl in der Energieversorgung, aber etwa auch in der Textil-, Verpackungs- oder Pharmaindustrie stellt gesellschaftliche Teilhabe und Gerechtigkeit von Morgen in Frage - in nie erahntem Ausmaß. Gleiches gilt für unsere Umwelt als menschliche Lebensgrundlage, wenn sie zunehmend durch den Einsatz von Pestiziden und durch Monokulturen bedroht ist. Die Klimamodelle zeigen, dass wir nur noch wenige Jahre Zeit haben, das 1,5-Grad-Ziel aus dem Klimaschutzabkommen von Paris zu erreichen. Deutschland schlägt in Europa schärfere Klimaziele vor, ist aber selbst nicht in der Lage, die bestehenden zu erreichen: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien erfolgt derzeit viel zu zögerlich. Deutschland muss hier politisch und technologisch eine Vorreiterrolle übernehmen, wie dies einst im

rot-grünen Bündnis begann, dann aber unter schwarz-gelb und fortgesetzt durch die Große Koalition gebremst wurde. Letzteres verursachte inzwischen den Verlust tausender Arbeitsplätze in Branchen mit Zukunft und deren Abwanderung. Das ist eine klimapolitisch fatale und für den Wirtschaftsstandort inakzeptable Fehlentwicklung.

Unsere Sprache muss klar und unverstellt sein, die in Zeiten von Individualisierung zusammenführt und sich Populismus entgegensetzt. Hart in der Sache, klar in der Sprache und mit Empathie.

Die SPD muss für Lösung, Zuspruch und Heimat stehen. Denn Heimat ist dort, wo Grundwerte unumstößlich sind. Die Volksparteien verlieren an Zuspruch. Die SPD muss den vielen Suchenden wieder ein politisches Zuhause anbieten, aus dem sie nicht vertrieben werden.

Dazu muss das Willy Brandt Haus personell und logistisch wieder eine Denkfabrik sein, die das große Potential an Wissen und Erfahrung der Mitglieder in Strategie gießt und Politik formuliert, die der Lebensrealität der Menschen begegnet und sich fragt: Ist das sozialdemokratisch?

Auch die Parteiarbeit und die Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern und

sozialen Bewegungen muss verändert werden. Dafür sollten die Vorteile der Digitalisierung stärker genutzt werden. Digitale Beteiligungsangebote sind heutzutage ein Muss für mehr direkte Mitbestimmung und bessere Vernetzung, um Wissen und Erfahrungen unserer Mitglieder stärker nutzen zu können. **Die SPD muss geöffnet werden für gesellschaftliche Prozesse und Diskussionen die ergebnisoffen ohne einengende Formate stattfinden. Dabei müssen wir es erreichen, dass wieder mehr Wissenschaftler, sozial Engagierte, Gewerkschaften und Kirchen, aber auch Kritiker mit anderen neuen Ideen mit uns ins Gespräch kommen.** Dazu wollen wir zusammen mit Parteibasis und beratenden Gremien Konzepte entwickeln. Die Diskussion in der Partei muss breiter und lebhafter geführt werden. Und auch die Leitanträge des Parteivorstandes sollten mehr die Vielfalt an Positionen aus den Anträgen der Basis zur Diskussion stellen, als den Vorschlag des Konsenses zu unterbreiten.

Die SPD ist die einzige Partei, die glaubwürdig Sozial- und Umweltpolitik zusammenbringen kann. Dafür wollen wir mit Euch zusammen arbeiten. Darum bitten wir Euch in den Landesverbänden und Unterbezirken um die Unterstützung für unsere Kandidatur und freuen uns auf die bevorstehenden Gespräche.

Nina Scheer

Karl Lauterbach

NINA SCHEER

Geb. 1971 in Berlin; eine Tochter (geb. 2004). Schulbesuch zuletzt in Bonn, 1991 Abitur. Musikstudium in Essen, Hauptfach Violine, 1996 Künstlerische Abschlussprüfung (heutiges Diplom); Jurastudium in Bonn, 2001 Erstes juristisches Staatsexamen; 2008 Politikwissenschaftliche Promotion Dr. rer. pol. in Leipzig.

1993 bis 1996 Violinistin im Folkwang Kammerorchester, 2006 wissenschaftliche MdB-Mitarbeiterin, 2007 bis 2013 Geschäftsführerin von UnternehmensGrün e. V., Bundesverband der grünen Wirtschaft, verschiedene Lehrtätigkeiten, u.a. der Universität Leipzig und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Seit 1987 Mitglied der SPD, seit 2011 Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand. 2015 bis März 2019 Mitglied des Landesvorstands der SPD Schleswig-Holstein (keine erneute Kandidatur), seit 2017 Kreisvorsitzende der SPD Herzogtum Lauenburg. Seit 2010 Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung (Ehrenamt).

Seit 2013 Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis 10, Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd, Schleswig-Holstein. Seit 2018 Stellv. Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung.

KARL LAUTERBACH

Geb. 1963 in Düren, nach dem Abitur Studium der Medizin in Aachen, Texas (USA) und Düsseldorf dort Promotion zum Dr. med. Anschließend folgte das Studium der Epidemiologie und Gesundheitsökonomie (Health Policy and Management) mit erfolgreicher Promotion an der Harvard Universität in Boston (USA). Seit dem Jahre 1996 Adjunct Professor an der Harvard School of Public Health in Boston (USA).

Im Anschluss ab dem Jahr 1998 Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie (IGKE) an der Universität zu Köln - seit November 2005 beurlaubt. Im 2003 Mitglied der Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme (sog. Rürup-Kommission). Mitglied der Programmkommission der SPD Köln.

2004 Mitglied der Arbeitsgruppe Bürgerversicherung des Parteivorstandes der SPD. Neben politischer Tätigkeit auch Autor zahlreicher wissenschaftlicher Bücher u.a. „Der Zweiklassen Staat“, „gesund im kranken System“ und „die Krebsindustrie“ in denen es immer um die soziale Frage im Gesundheitswesen ging.

Im November 2005 erstmaliger Einzug in den Deutschen Bundestag. Von 2009-2013 gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und seit 2013 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Gesundheit, Petition, Wissenschaft, Bildung und Forschung.